

Vorsicht Glaubensabfall! - Teil 53

Wie sich solche Instrumente des „Sozialen Evangeliums“, wie der Film „God On Our Side“ politisch auswirken können, sieht man an dem Text der Petitionen, die von bibeltreuen Christen aufgesetzt und an den Briefen, die sie an die Politiker schreiben.

Hier zwei Beispiele für die politischen Auswirkungen:

Quelle:

http://www.petitionen24.com/verurteilung_des_neuen_leitfadens_der_eu_gegenuber_israel

Verurteilung des neuen Leitfadens der EU gegenüber Israel

Sehr geehrte Frau Ashton,
sehr geehrte Frau Merkel,
sehr geehrter Herr Lammert,
sehr geehrte Damen u. Herren Abgeordnete

Wir, die Unterzeichnenden, verurteilen den neuen Leitfaden der EU, der israelische Bürger, Institutionen und Firmen, die in den „besetzten Gebieten“ ansässig sind, von zukünftigen Verträgen mit der EU explizit ausschließt und allen Mitgliedsstaaten verbietet, mit israelischen Einrichtungen in diesen zusammenzuarbeiten oder sie in irgendeiner Form zu unterstützen. Dies trifft insbesondere auch die Universität in Ariel, an der auch arabische Studenten – 2011 waren es 600 - eine fundierte Ausbildung erhalten, sehr hart.

Zudem werden zuallererst ca. 20 % der dort ansässigen arabischen Bevölkerung durch diese EU-Richtlinie getroffen, da diese in jüdischen

Siedlungen arbeitet.

Israel könnte seine Produktionsstätten ins sogenannte Kernland verlegen; die Zahl der pal. Arbeitslosen wird somit aber enorm steigen, was wiederum Hass erzeugt. Sieht so die Friedenspolitik der EU aus?

Millionen fließen ungeprüft – sie könnten auch sofort auf die Konten von PLO-Politikern überwiesen werden – seitens der EU an palästinensische Organisationen; Israel wird jedoch sanktioniert und geächtet.

Statt dafür zu sorgen, dass die Palästinenser wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren und Israel endlich ein Existenzrecht einräumen, wird hier der Graben noch tiefer getrieben.

Was uns insbesondere traurig, aber auch zornig macht, ist die Tatsache, dass dieser Leitfaden nur wirksam wird, weil Deutschland kein Veto eingelegt hat.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern von Ihnen die Zurücknahme dieser 2014 in Kraft tretenden rassistischen u. diskriminierenden Richtlinie!

Erstunterzeichner:

GERMAN MEDIA WATCH

Quelle: http://www.petitionen24.com/solidarity_with_almagor_-_not_terrorists_for_peace

Sehr geehrter Herr Premierminister Netanyahu,

sehr geehrter Herr Außenminister Kerry,

sehr geehrte Damen und Herren,

wahrer Friede beginnt mit der gegenseitigen Achtung der jeweiligen Konfliktparteien. Dann muss zwangsläufig Sühne von begangener Schuld folgen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Weltgeschichte.

Warum also verlangt man von Israel über 100 Terroristen freizulassen ohne zuerst eine offizielle Erklärung zum Existenzrecht Israels von Herrn Abbas einzufordern?

Wir wissen von keinem Staat, von dem je verlangt wurde, eine so hohe Zahl Terroristen, die selbst nach internationalem Recht lebenslange Haftstrafen zu verbüßen hätten, zu begnadigen und dabei zu wissen, dass diese nicht etwa geläutert nach Hause fahren. Durch diese Begnadigung steigt die Torgefahr in Israel enorm an.

Sehr geehrter Herr Außenminister Kerry, dürfen wir Sie an Guantánamo erinnern? Würden die USA einfach so dort die Türen aufsperrern?

Wir, die Unterzeichner, solidarisieren uns mit **allen** israelischen Terroropfern und bitten Sie eindringlich: „RECHT muss RECHT bleiben!“

Diese Terroristen müssen ihre rechtmäßige Strafe in israelischen Gefängnissen verbüßen, da diese nach der Überstellung an die PA-Behörden keineswegs in dortigen Gefängnissen weiter inhaftiert sondern als Helden gefeiert werden, was bereits jetzt geschieht.

Frieden ist keine Einbahnstraße!

Nun schauen wir uns einmal an, über was jetzt seit Juni 2012 im Hinblick auf einen „Friedensvertrag“ verhandelt werden soll. Dieser „Friedensvertrag“ soll Mitte April 2014

abgeschlossen werden. Interessant ist, dass es genau 9 Monate sind, was uns an eine

Schwangerschaft erinnert, die mit immer stärker werdenden Geburtswehen endet. Beachtenswert ist auch, dass John Kerry seine Vermittlerrolle an den ehemaligen jüdischen US-Botschafter Martin Sean Indyk abgeben wird.

Siehe dazu den Spiegel-Online Artikel vom 29. Juli 2013:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/israelis-und-palaestinenser-nehmen-verhandlungen-im-nahost-konflikt-auf-a-913780.html>

Angesichts der arabischen Agenda, die wir im letzten Artikel erwähnt haben, welche die TOTALE VERNICHTUNG ISRAELS zum Ziel hat, ist es wichtig, diese Verhandlungen zu beobachten. Dazu muss man natürlich wissen:

Was genau soll da verhandelt werden?

Quelle: <http://www.prophecynewswatch.com/2013/August15/153.html>

Artikel vom 15. August 2013 von der bibeltreuen Webseite „Prophecy News Watch“.

Warum die Nahost-Friedensgespräche nichts bringen werden

Hier haben wir nun vorliegen, was der amerikanische Staatssekretär John Kerry bei der Nachrichtenkonferenz in Washington in Anwesenheit der führenden palästinensischen und israelischen Friedensverhandler sagte:

„Die Parteien sind sich hier und heute einig geworden, dass nun sämtliche Status-Fragen, Kernfragen und alle anderen zur Verhandlung auf dem Tisch liegen. Und sie liegen auf dem Tisch zu einem einzigen Ziel: Den Konflikt zu beenden und die Streitfragen zu schlichten. Unsere Ziele sollen innerhalb eines Zeitraums von 9 Monaten durch eine letztendliche Übereinkunft erreicht werden.“

Diese letztendliche Übereinkunft müsste dann im April 2014 bei einer Zeremonie im Weißen Haus unterzeichnet werden.

Verhandelt werden folgende Punkte:

1.

Jerusalem, die heiligste Stadt im Judentum und die drittheiligste im Islam soll in einer Weise geteilt werden, dass es nicht zu einem globalen religiösen Krieg kommt.

Eine palästinensische Hauptstadt soll in der östlichen Hälfte von Jerusalem errichtet werden. Die Muslime der Welt müssen mit der fortgesetzten Kontrolle über viele Teile der Altstadt einverstanden sein, insbesondere auch damit, dass die Klagemauer von Israel kontrolliert wird.

Ihrerseits sollen sich die Israelis damit einverstanden erklären, die permanente Kontrolle über den Tempelberg, die heiligste Stätte des Judentums, an die muslimischen religiösen Autoritäten abzugeben.

Außerdem sollen sich die Parteien dazu bereit erklären, das so genannte „Heilige Becken“, eine geografische Region in Jerusalem, wozu die Altstadt und angrenzende Gebiete gehören, in denen es viele wichtige Sehenswürdigkeiten des Monotheismus gibt, der internationalen Kontrolle zu übergeben.

2.

Die Juden, welche in Hebron leben, der zweitheiligsten Stadt im Judentum, sollen dazu gebracht werden, dort wegzuziehen, weil diese Stadt ein Teil von Palästina werden soll oder die Palästinensische Autonomiebehörde soll davon überzeugt werden, diesen Juden Bürgerschaft zu gewähren. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) steht derzeit jedoch noch auf dem Standpunkt, dass das neue Palästina frei von Israelis sein sollte.

3.

Den Nachkommen der Palästinenser, die während des arabischen Angriffs im Jahr 1948 entweder geflohen sind oder aus dem Land, das im Begriff stand,

das heutige Israel zu werden, ausgewiesen wurden, soll beigebracht werden, dass sie nicht nach Israel zurückkehren werden. Der PA-Präsident Mahmoud Abbas, muss die unvermeidlichen Angriffe auf sein Leben überstehen, wenn er zustimmt, die Forderungen der Palästinenser auf „Rückkehr“ in den Wind zu schlagen. Darüber hinaus sollen die Palästinenser zustimmen, keinerlei Wohnforderungen gegenüber Israel mehr geltend zu machen.

4.

Es soll ein Plan entworfen werden, um überall aus den Siedlungsgebieten auf der anderen Seite der West Bank-Sicherheitsgrenze 50.000-80 000 Israelis umzusiedeln. Unter ihnen befinden sich Tausende Fanatiker, welche die Ermordung von Yitzhak Rabin, dem früheren Premierminister begrüßten, weil dieser mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation verhandelt hatte.

Auch soll Israel den Bau von neuen Siedlungen und die Verstärkung bereits bestehender einstellen. Die gegenwärtige israelische Regierung ist wahrscheinlich diejenige, in der Geschichte des Landes, welche diesen Siedlungsbau am meisten vorangetrieben hat. Ein guter Prozentsatz der israelischen Heeresabteilung, die dann die Juden aus den Siedlungsgebieten vertreiben müsste, lebt selbst in Siedlungen.

5.

Abbas und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu müssen dazu überredet werden, sich gegenseitig zu vertrauen. Avi Issacharoff schreibt in der Zeitung „Times of Israel“:

„Abbas glaubt nicht daran, dass Netanjahu Frieden machen will, während Netanjahu seinerseits denkt, dass Abbas dazu unfähig sei. Beide Politiker senden pessimistische Schwingungen aus und geben allen in ihrer Umgebung das Gefühl, dass nicht viel bei diesen Verhandlungen herauskommen wird. Man sieht das an ihren Entscheidungen, dass sie

Vertreter nach Washington aussenden, anstatt dass sie Gipfeltreffen auf höchster Ebene abhalten.“

6.

Die Hamas, die den Gazastreifen kontrolliert, wo bereits die Hälfte der zukünftigen Bürger von Palästina lebt, muss sich entweder selbst auflösen oder von einer Macht aufgelöst werden oder ihre Ideologie in der Weise ändern, dass sie mit der Kompromiss-Vision der Palästinensischen Autonomiebehörde konform geht. Wenn die Hamas das verweigert, müssen Israel und die PA einen effektiven Plan ausarbeiten, wie sie dem Ansturm von Terrorangriffen begegnen können, der oft losbricht, während einer Periode, in der sich die Hoffnung auf Frieden erhöht.

7.

Die Hisbollah und der Iran sollen davon überzeugt werden, dass sie keinen Krieg beginnen, der dazu bestimmt ist, diesen Friedensprozess zu unterbrechen. Außerdem muss der Iran davon abgehalten werden, Atombomben zu produzieren, was einen bereits instabilen Mittleren Osten noch weiter destabilisieren würde. Auch Ägypten darf nicht kollabieren. Der syrische Krieg darf sich nicht auf das israelisch-palästinensische Gebiet ausweiten. Der Libanon muss ein autarker Staat und Jordanien unter der Kontrolle der haschemitischen Monarchie bleiben.

Ich bin mir sicher, dass ich einige Dinge hier vergessen habe. Ich werde dann noch darauf später eingehen, falls ich noch weitere finde. Ich bewundere die Dreistigkeit von John Kerry im Hinblick auf dieses große Abkommen. Es ist wichtig, um des israelischen und des palästinensischen Volkes willen, dass ein Kompromiss herbeigeführt wird, der ein weiteres Blutvergießen verhindert. Ich hoffe nur, dass es einen geheimen Plan B gibt, so eine Art Übergangsregelung, die eine weitere Tragödie verhindert, selbst in Abwesenheit einer dauerhaften Übereinkunft.

Wenn dem nicht so ist, werden Kerrys Verhandlungen scheitern. Denn die Situation wird im nächsten Jahr sogar noch schlimmer sein als die jetzige.

Die fünf Mängel von Kerrys Nahost-Friedensprozess

1.

Es wird von den Palästinensern anfangs keine Annäherung geben. Israel hat zugestimmt, 104 verurteilte palästinensische Terroristen freizulassen, um die Palästinenser dazu zu bewegen, Friedensgespräche zu führen. Würde Amerika zustimmen, dass 104 Guantanamo-Häftlinge befreit werden, um mit jemanden in Verhandlung zu treten?

Israel wird auf jeden Fall die Schuld zugeschrieben werden, sollten die Verhandlungen scheitern. Von daher ist es unwahrscheinlich anzunehmen, dass es bei der von der internationalen Gemeinschaft angeregten Gefangenen-Befreiung mit rechten Dingen zugeht. Vielleicht war das der Preis, den Israel für ein Versprechen bezahlen musste, dass Amerika verhindert, dass der Iran Atombomben baut und/oder Israel bei seinen Bemühungen unterstützt, dies zu verhindern. Wenn dem so wäre, wird dann Amerika zu seinem Wort stehen, trotz Obamas wiederholter Demonstrationen, dass das Überschreiten seiner „roten Linien“, was den Mittleren Osten anbelangt, bedeutungslos sind?

Was auch immer die Erklärung für Israels gutgläubige Eröffnung auch sein mag, hätten die Palästinenser viele Möglichkeiten, sich dafür zu revanchieren, indem sie z. B. die anti-israelischen Aufhetzungen aus den Schulbüchern der Kinder und/oder den öffentlichen Medien entfernen, Israel ENDLICH als jüdischen Staat anerkennen und/oder zu versprechen, ihre anti-israelischen diplomatischen Angriffe „einzufrieren“.

Aber der Staatssekretär John Kerry hat es vorgezogen, die palästinensische

Revanche schon von vorne herein als optional festzulegen. Wenn Israel nicht freiwillig den palästinensischen Forderungen nachkommt, brauchen die Palästinenser jetzt nur noch zu drohen, die Friedensverhandlungen abubrechen. Dann wird John Kerry Israel dazu zwingen, ihren Forderungen nachzugeben.

2.

Es gibt keine gut gesinnten Palästinenser. Die Palästinenser werden von Saeb Erekat und Mohammad Shitayeh repräsentiert. Shayyehs Facebookseite zeigt eine Landkarte von Israels international anerkannten Grenzen, plus West Bank und dem Gaza-Streifen. Auf diesem ganzen Gebiet prangen die arabischen Buchstaben, die das Wort „Palästina“ ergeben.

Somit gibt die Person, die mit der Verhandlung einer „Zwei-Staaten-Lösung“ betraut ist, öffentlich zu, dass ihre Nahost-Landkarte NUR Raum für einen palästinensischen Staat hat.

Genauso alarmierend ist, dass der Minister von der religiösen Stiftung, Mahmoud al-Habbash, während einer Ansprache, welcher der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas beiwohnte und die vom palästinensischen Fernsehen übertragen wurde, die Entscheidung der Palästinensischen Autonomiebehörde, mit Israel zu verhandeln, mit dem Vertrag von Hudaibiya im Jahr 628 verglichen hat, indem er sagte:

„In weniger als zwei Jahren kehrte der Prophet, sich auf diesen Vertrag stützend, zurück und eroberte Mekka. Das sollten wir uns als Beispiel und Modell nehmen.“

3.

Es wird in einem zukünftigen Palästinenserstaat keine Religionsfreiheit geben. Die Palästinenser beharren (ironischerweise) darauf, dass eine „friedliche Koexistenz“ für sie bedeutet, dass es in ihrem Staat keine

israelischen Siedler geben wird. Aber warum sollten Juden grundsätzlich aus dem Leben eines zukünftigen Palästinenserstaats verbannt werden, besonders wenn die Muslime bereits 17 % der israelischen Bevölkerung ausmachen?

Wird der zukünftige Palästinenserstaat so feindlich gegenüber religiöse Minderheiten gesinnt sein, wie andere Länder, in denen die Muslime in der Mehrheit sind?

Leider liefert die jüngste Geschichte wenig Grund, auf etwas Anderes zu hoffen. Khaled Abu Toameh, ein preisgekrönter arabischer Journalist, berichtete vor zwei Jahren Folgendes:

„Vergangene Woche sind, laut der griechisch-orthodoxen Kirche im Gazastreifen, mindestens fünf Christen entführt und gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren. Die Kirchenführer beschuldigten eine prominente Persönlichkeit der Hamas hinter dieser Entführung zu stecken und dass diese eine christliche Frau, namens Huda Abu Daoud und ihre drei Töchter zur Konvertierung gezwungen hätte.“

Nicht die Grenzübergänge oder ein Sicherheitszaun stellen die Hauptbedrohung für die schutzlosen Christen nicht nur in den palästinensischen Gebieten dar, sondern auch im ganzen Mittleren Osten, sondern der RADIKALE ISLAM.

In der Zeit, in der der Gaza-Streifen von den Islamisten regiert wurde, hat die Palästinenser Autonomiebehörde auch ihre Feindschaft gegenüber den Christen gezeigt. Am 12. März 2012 wurde Folgendes berichtet:

„Eine Woche, nachdem der Premierminister Salam Fayyad einer internationalen Zuhörerschaft von evangelikalen Protestanten verkündet hat, dass seine Regierung die Rechte der christlichen Minderheit respektieren

würde, informierten palästinensische Beamte Bethlehems Pastor Naim Khoury darüber, dass seine Kirche unter der PA nicht die Autorität besäße, als eine religiöse Einrichtung zu fungieren. Pastor Khoury sagte, dass die Christen in Bethlehem das Gefühl haben, dass die anti-christliche Feindseligkeit in ihrer Stadt schlimmer geworden ist.“

Vor ein paar Wochen verwüsteten Palästinenser die Höhle der Patriarchen, die zweitheiligste Stätte des Judentums. Wie sicher werden nicht-muslimische heilige Stätten sein, wenn es keine israelische Präsenz mehr in der West Bank gibt? Wird eine zukünftige Friedensübereinkunft im Besonderen die jüdischen heiligen Stätten schützen und den Zugang dazu garantieren?

Wenn die israelische Präsenz in der West Bank geholfen hat, die muslimische Herrschaft dort moderat zu halten, wird der komplette Rückzug der Israelis aus diesem Gebiet bedeuten, dass die Christen in der West Bank dann zu erwarten haben, dass ihre Verfolgung noch schlimmer wird, als sie im Gaza-Streifen bereits ist, wo Christen entführt und zur Konvertierung gezwungen werden? Die palästinensische Beharrlichkeit im Hinblick darauf, dass ihr zukünftiger West Bank-Staat „judenrein“ sein wird, bedeutet nichts Gutes für die einheimischen Christen, die dort leben oder für die Religionsfreiheit.

4.

Es gibt überhaupt kein palästinensisches Mandat für Friedensverhandlungen. In der West Bank leben etwa 2,1 Millionen palästinensische Araber und im Gaza-Streifen 1,7 Millionen. Der von der Hamas regierte Gaza-Streifen stellt sich vehement gegen Friedensverhandlungen und spricht Israel das Existenzrecht ab. Die Gruppe Islamischer Dschihad und die Hamas haben erst kürzlich die Führer der Palästinensischen Autonomiebehörde fertig gemacht, weil diese sich mit Israelis zu Friedensgesprächen getroffen haben.

Das letzte Mal, als die PA direkte Gespräche mit Israel ankündigte, hat die Hamas zusammen mit 12 anderen Terrororganisationen im Gaza-Streifen einen Plan für Terroranschläge auf Israel vorgelegt.

Und es ist noch nicht einmal klar, dass die West Bank-Palästinenser diese Friedensverhandlungen begrüßen. Letzten Sonntag versammelten sie sich zu einer Protestaktion gegen den Frieden, bis die PA-Polizei mit Gewalt gegen sie vorgehen musste. Human Rights Watch hat die palästinensische Regierung dazu gedrängt, das Eingreifen der Polizei näher zu untersuchen. Darüber hinaus hat Mahmoud Abbas überhaupt kein legales Mandat, da seine Amtszeit schon seit längerer Zeit abgelaufen ist. Dennoch regiert er weiter, ohne dass Wahlen in Sicht sind.

Bestenfalls kann die PA nur die Hälfte ihrer Friedensversprechungen einhalten, was die Palästinenser dazu zwingt, ihre Suppe, die sie sich eingebrockt haben, selbst auszulöffeln. Die PA kann schmerzliche territoriale Konzessionen für Israel auf den Verhandlungstisch bringen, während die Hamas mit ihren Terroranschlägen fortfährt, um die Ein-Staat-Lösung zu erreichen, die der PA-„Friedensverhandler“ Mohammad Shtayyeh eigentlich im Sinn hat und die er auf seiner Facebook-Seite begrüßt.

5.

Sich aus der West Bank zurückzuziehen, könnte Israels geostrategischer Ruin bedeuten. Jordanien würde von ca. 500 000 syrischen Flüchtlingen überströmt werden, wobei die Zahl täglich anstiege. Das hätte eine schlimme Armut, den Unmut der Bevölkerung wegen Korruption, Ungleichheit und Beschränkung der Freiheit, akute Wasserknappheit und/oder Aktionen der Muslim-Bruderschaft, um die Monarchie von König Abdullah zu stürzen, zur Folge.

Diese Faktoren erhöhen die Unsicherheit, dass das Abdullah-Regime überleben wird. Wird die Hamas nach Israels militärischem Rückzug aus der West Bank die Palästinensische Autonomiebehörde dort entmachten, genauso wie sie es im Gaza-Streifen getan hat, zwei Jahre nachdem sich die Israelis im Jahr 2005 aus diesem Gebiet zurückgezogen hatten?

Und was wäre, wenn die Hamas, die mit der Muslim-Bruderschaft verbündet ist, dann Jordanien übernehme? Wenn die jordanischen Palästinenser – die größte ethnische Gruppe in Jordanien – dort einen Palästinenserstaat errichten würden, (diese Idee wird schon verfochten), hätten die Palästinenser dann erfolgreich zwei Staaten geschaffen?

Das Ausmaß und die Schwere der Bedrohungen, denen Israel von Seiten des Post-Abdullah-Jordanien und einem palästinensischen West Bank-Staat ausgesetzt wären, wären beachtlich. Wäre es sogar möglich, dass diese israelischen Sicherheitsbesorgnisse dazu führen würden, dass die palästinensischen Verhandler dadurch so befriedigt wären, dass sie einen Friedensvertrag unterschreiben?

Warum führt Amerika mit den derzeitigen mit so vielen Mängeln behafteten Friedensverhandlungen seinen verlässlichsten Partner und die einzige Demokratie im Mittleren Osten in solch ein gefährliches Fahrwasser, das unvermeidliche Schäden hervorbringen wird? Eine Erklärung könnte die immer moderner werdende Vorstellung sein, die von den arabischen Regierungen gefördert wird, dass die Siedler eine Friedensverhandlung blockieren würden, die für eine Stabilität im Mittleren Osten sorgen wird.

Aber die unbequemen und unangenehmen Tatsachen stehen im völligen Widerspruch zu dieser Idee. Denn z. B. Syrien, der Libanon, der Irak, Ägypten, Bahrain und der Yemen würden nach einem israelisch-palästinensischen Frieden immer noch in ihrem Chaos verbleiben.

Fortsetzung folgt ...

[Mach mit beim Endzeit-Reporter-Projekt!](#)